

Geändert hat sich nicht viel

Zur Lage der Menschenrechte in Bangladesh

Text und Fotos von Walter Keller



Die Freude über den Wahlsieg Khaleda Zias hielt bei Vielen nicht lange an.

Eine genaue Bewertung der gegenwärtigen politischen Situation und der Menschenrechtssituation in Bangladesh ist schwierig. Das Land befindet sich seit dem Sturz des Ex-Diktators Ershad weiterhin in einer Umbruchphase, deren Ende nach wie vor nicht absehbar ist. Auch ist derzeit nicht klar, ob Bangladesh zukünftig zu einer demokratischen Regierungsform finden wird. Nach anfänglicher Sympathie für die neue BNP-Regierung und ihre Premierministerin, Khaleda Zia, ist die Stimmung bei vielen Bürgern des Landes bereits eineinhalb Jahre nach dem Sturz Ershads umgeschwenkt.

Das nachfolgende politische Kurzdossier bezieht sich auf die politische Situation Bangladeshs seit dem Sturz des autokratischen Ershad-Regimes Ende 1990, ohne dabei näher auf die Lage in den 'Chittagong Hill Tracts' (CHT) einzugehen. Bezüglich der Menschenrechtssituation in den CHT erheben Menschenrechtsorganisationen seit über zehn Jahren schwere Vorwürfe gegenüber den jeweiligen Regierungen Bangladeshs, die Armee der Volksrepublik sowie bewaffnete bengalische Siedler würden in den südöstlichen Gebieten des Landes Völkermord an den dort lebenden Bergvölkern - vorwiegend Hindus, Buddhisten, Christen - begehen (der Bericht einer siebenköpfigen internationalen Delegation - 'Life is not ours' -, die im November und Dezember 1990 Flüchtlingslager im indischen Tripura sowie die Chittagong Hill Tracts besucht hat, erregte Aufsehen. In dem Bericht werden die Behörden Bangladeshs beschuldigt, weiterhin schwere Menschenrechtsverletzungen an der Bevölkerung in den CHT zu begehen. In einem Folgebericht der Delegation, der im März 1992 veröffentlicht wird, heißt es u.a.: "After a year of democratic government little has changed in the Chittagong Hill Tracts... The army still arrests tribals arbitrarily, and torture and rape of tribals is still commonplace."). Gerade in der ersten Hälfte 1992 ist die Situation in den CHT erneut eskaliert.

Eingegangen wird ferner nicht auf die Lage der ethnischen Minderheiten, die in den Ebenen im Norden, Nordwesten und Nordosten des Landes leben. Es handelt sich dabei um etwa 21 Minderheitengruppen wie die Garo, Santal, Koch usw., alles nicht-islamische Ethnien.

Hintergrund:

Ende 1990 wird der Diktator, General H.M. Ershad, durch eine Volksbewegung gestürzt. Auch Kriegsrecht und Ausgangssperren können die Bevölkerung nicht davon abhalten, auf die Straße zu gehen. Ershad wird verhaftet und im Juni 1991 erstmals von einem Sondergericht wegen illegalen Waffenbesitzes zu zehn Jahren Haft verurteilt. Im Februar 92 wird er wegen Schmuggels zu weiteren drei Jahren Haft verurteilt. Im Juli 92 wird ein weiteres Verfahren gegen ihn wegen Bestechlichkeit angestrengt. Die anti-Ershad Bewegung ist erfolgreich, weil sich zahlreiche politische Parteien und ihre Studentenverbände zusammenschließen und in einer gemeinsamen Erklärung die Wiedereinführung der parlamentarischen Demokratie als Ziel formulieren.

Nach dem Sturz Ershads wird eine Übergangsregierung unter Führung des Richters Shahabuddin Ahmed eingesetzt, die Wahlen vorbereitet, die am 27. Februar 1991 stattfinden. Bei den Parlamentswahlen erringt die 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) 170 von 330 Sitzen im Parlament. Khaleda Zia wird neue Premierministerin. Beobachter des Wahlgeschehens bestätigen die fairen Bedingungen, unter denen die Wahlen abgehalten wurden. Größte Oppositions-

partei wird die 'Awami League' (AL) unter Sheikh Hasina.

Die von einer Sympathiewelle getragene 46-jährige Premierministerin verspricht nach dem Sieg der BNP u.a., das Land von Armut, Korruption und Gewalt zu befreien und die Menschenrechte zu achten. Betont wird, der 1974 - von der damaligen 'Awami League'-Regierung - erlassene 'Special Powers Act' (SPA) werde zurückgenommen. Der SPA wurde in der Vergangenheit von den jeweiligen Regierungen dazu genutzt, Personen ohne formale Anklage oder Gerichtsverfahren zu verhaften bzw. in Haft zu halten (dies galt vor allem für die Regierungszeit Ershads, der den SPA auch zur Bekämpfung Aufständischer in den Chittagong Hill Tracts einsetzte).

Der SPA erlaubt den Sicherheitskräften die Festnahme von Personen, die verdächtigt werden, sogenannte 'prejudicial acts' begangen zu haben oder die im Verdacht stehen, zukünftig Straftaten begehen zu können (präventive Inhaftierung). Ein 'Prejudicial act' ist z.B. eine Aktion, "which endangers public safety or the maintenance of public order" oder "create or excite feelings of enmity or hatred between different communities, classes or sections of people" oder "interfere with or encourage or incite interference

with the administration of law or the maintenance of law and order".

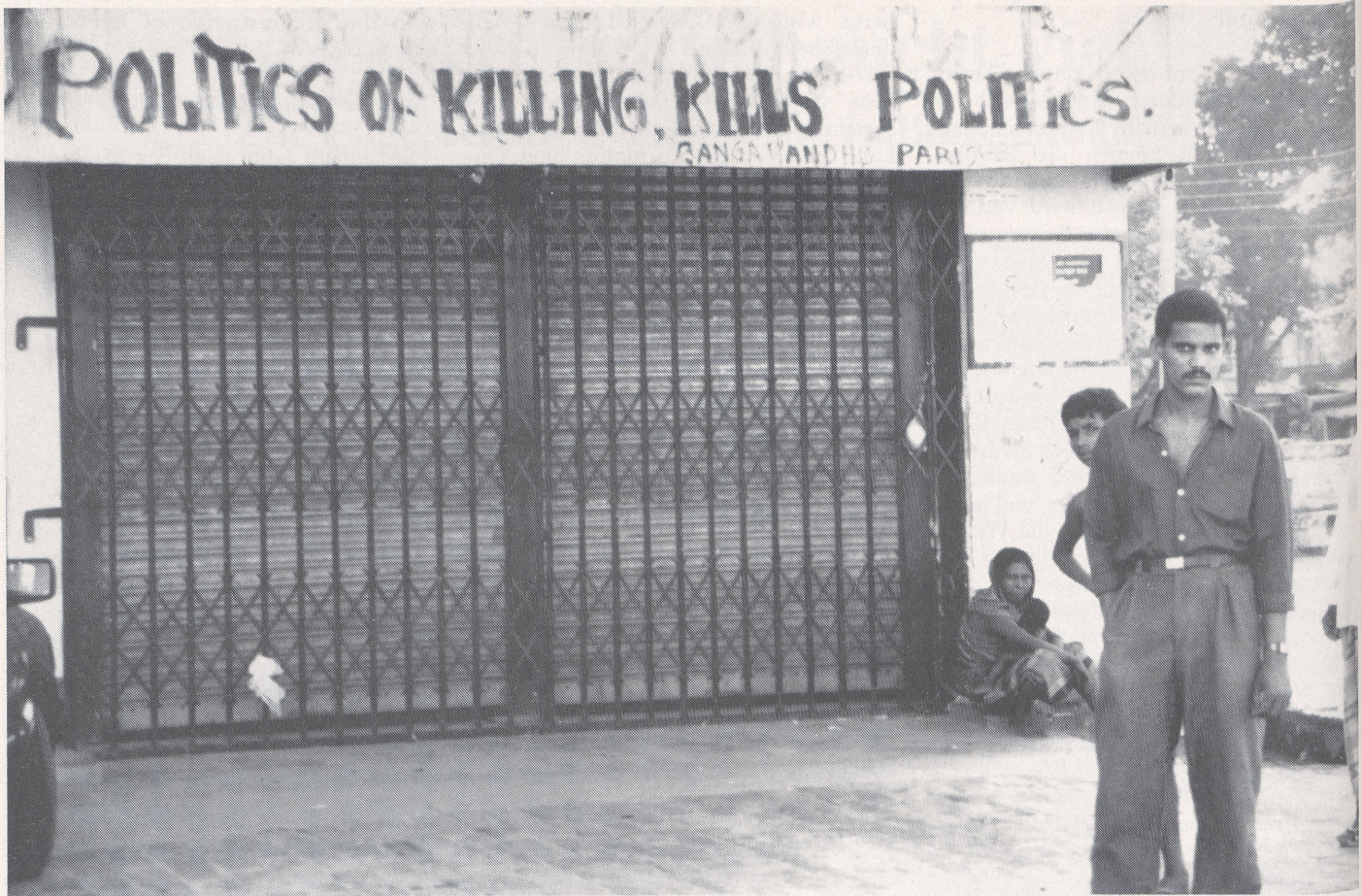
"Situation schlimmer als zuvor"

Eineinhalb Jahre nach der Machtübernahme durch die BNP und Khaleda Zia ist von politischen Beobachtern zu hören, daß "die Situation im Land schlimmer als jemals zuvor" sei. Das Land befindet sich seit dem Sturz des Ex-Diktators Ershad weiterhin in einer Umbruchphase, deren Ende nach wie vor nicht absehbar ist. Nach anfänglicher Sympathie für die neue BNP-Regierung und Khaleda Zia ist die Stimmung bei vielen Bürgern des Landes umgeschwenkt.

Der neuen Regierung werden Unfähigkeit, Versagen und amateurhaftes Vorgehen bescheinigt; der politisch unerfahrenen Premierministerin wird zunehmend - auch von Teilen der Presse - autoritärer, repressiver Führungsstil vorgeworfen (Printmedien sind derzeit noch relativ frei, während die Regierung weiterhin Funk und Fernsehen kontrolliert). Wie lange die Printmedien noch frei berichten dürfen, ist derzeit allerdings fraglich. Informationsminister Nazmul Huda hat Mitte Juli 1992 eine neue Medienpolitik seiner Regierung angekündigt, die bereits auf heftige Kritik bei den Printjournalisten stieß. So will



Der 'Special Powers Act', der den Sicherheitsorganen weitreichende Befugnisse einräumt, ist weiterhin in Kraft.



Graffiti: 'Politics of killing kills politics'.

Huda zukünftig solchen Journalisten die Akkreditierung entziehen, die nicht "objektiv" berichten.

Für eine Welle der Empörung sorgte auch der Übergriff der Polizei auf Wort- und Bildjournalisten, die am 21. Juni 92 über eine Demonstration in Dhaka berichten wollten. Zahlreiche Journalisten wurden von der Polizei verprügelt. Anschließend zertrümmerten Polizisten noch den 'Dhaka Press Club' - Treffpunkt der Journalisten im Herzen der Stadt. Im 'Dhaka Courier' vom 26. Juni 92 heißt es in einem Beitrag zu diesem Vorfall: "... In the present case the matter of greatest anxiety is that the political government of Begum Khaleda Zia has taken exactly the same line as the authoritarian or military or non-representative governments that have preceded hers... the present government has either not yet made any attempt to instill any respect for democracy, rule of law and behavioural norms among the civil servants and the police, or it has failed in its bid to do so ...".

Keine Demokratisierung

Die von der neuen Regierung und ihrer Premierministerin versprochene Demokratisierung ist bisher weitgehend ausgeblieben - sieht man einmal davon ab, daß das Parlament wieder öfter als

unter General Ershad zusammenkommt. Stattdessen werfen Oppositionelle der Premierministerin die Manipulation der Administration sowie Versuche vor, ein Ein-Parteien-System anzustreben und die Opposition eliminieren zu wollen.

Die Zeitschrift 'Dialogue' schreibt dazu: "The BNP may...try of silencing the opposition, first, by using state power, before taking to the wide support it has among the student community, and may feel that once the Awami League's student front has been weakened by arrests of its leaders and other methods, there will be no force left to challenge its unbounded authority, with the army safely out of the way...". Die ebenfalls in Dhaka erscheinende Wochenzeitschrift 'Dhaka Courier' spricht in diesem Zusammenhang sogar von einer "political and administrative hell", die von der neuen Regierung geschaffen worden sei.

Auch der berüchtigte SPA ist weiterhin in Kraft. Die Opposition wirft der Regierung sogar vor, sie wende das Sondergesetz noch weitreichender gegen politische Gegner an, als dies unter der Regierungszeit General Ershads der Fall gewesen sei. Solche Vorwürfe kommen vor allem von der größten Oppositionspartei, der AL.

Bereits Ende 1991 wandte sich die Oppositionsführerin Sheikh Hasina in

einer spektakulären Aktion an zahlreiche ausländische Botschaften in Dhaka, "um die internationale Gemeinschaft darauf aufmerksam zu machen, was wirklich im Land passiert und wie es um Bangladesh steht". In dem Schreiben heißt es u.a.: "Als Oppositionsführerin empfinde ich es als notwendig, daß Sie als Vertreter einer befreundeten Nation über wichtige politische Angelegenheiten unterrichtet werden...Leider werden bei den verschiedenen Zusammenkünften unserer Partei Mitglieder körperlich angegriffen. Die Sicherheit unserer Mitarbeiter entwickelt sich zu einem großen Problem...Die Regierung tut nichts dagegen; die Schuldigen werden sogar noch durch die Regierung ermutigt. Die Schuldigen dafür sind keine geringeren als Mitglieder der regierenden Partei. Wir besitzen zahlreiche Beweise für unsere Behauptungen...Mitglieder unserer Partei und Studenten, die dem studentischen Flügel unserer Partei angehören, sehen sich täglichen Drohungen und Angriffen ausgesetzt...Die politische Lage in Bangladesh ist gegenwärtig schlecht...Im Interesse der Demokratie bitten wir alle Botschaften um Unterstützung, damit solche Vorfälle nicht mehr vorkommen".

Durch den Brief der AL-Führerin erreichte das seit Jahren gespannte Verhältnis der beiden Politikerinnen einen

neuen Tiefpunkt. Nur während der Demokratiebewegung gegen H.M. Ershad hatten die beiden Rivalinnen das Kriegsbeil vorübergehend begraben und nicht zuletzt dadurch das gemeinsame Ziel, den Sturz des Diktators, erreicht. Seitdem kommt es immer wieder zu schweren gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der beiden Parteien (und ihrer Studentenverbände an den Universitäten), bei denen auch die Sicherheitskräfte mit großer Brutalität eingreifen.

Obwohl in der Verfassung des Landes zahlreiche Grundrechte garantiert sind, hat die Regierung genügend Möglich-

Die in Dhaka erscheinende Wochenzeitschrift 'Holiday' merkt in einem Kommentar in der Ausgabe vom 24. Juli 92 zur 'law and order' Situation an: "... Worst is law and order. It only exists by its absence in the metropolis and elsewhere... The murders in Dhaka in broad daylight are routine. Even the diplomatic area, with all its immunities and protective coverage, is vulnerable to vandalism...". Innenminister Chowdhury erklärte in diesem Zusammenhang am 20. Juli 92 im Parlament, daß in der Zeit zwischen dem 1. Januar und dem 31. Mai 1992 insgesamt 3.505 Morde registriert worden seien. Zum 'Special Po-

(AL), ihren jeweiligen Führerinnen, Premierministerin Khaleda Zia und Sheikh Hasina bzw. den Anhängern der beiden Parteien geprägt. Die Zeitung 'Dialogue' schreibt zu den politisch motivierten Gewalttaten: "The ruling BNP and the opposition Awami League are on the war path, their supporters crying for each other's blood." In einem anderen Beitrag schreibt die gleiche Zeitung: "In fact, violence has sadly almost taken root in the national political culture. It has been there for too long and cannot be wished away... The ruling party, ill organised at the grassroots level, feels visibly shaky at the slightest



Polizei auf dem Campus der Dhaka-Universität.

keiten, ihre Anwendung auszusetzen. Diese Möglichkeiten werden ihr durch die Anwendung der Notstandsgesetzgebung und durch den SPA von 1974 gegeben. Damit können alle Grundrechte außer Kraft gesetzt werden, was etwa zu Massenfestnahmen von Oppositionellen und Inhaftierung mit Folter führen kann.

Allgemein ist eine Entwicklung in Bangladesh zu beobachten, bei der Gewalt immer mehr institutionalisiert wird. Bei den Auseinandersetzungen bedient sich die regierende BNP dem unter ihrer Kontrolle stehenden Sicherheitsapparat des Landes, der bei seiner Vorgehensweise auf den SPA zurückgreifen kann.

wers Act' heißt es in dergleichen Ausgabe von 'Holiday': "Yet the Special Powers Act is being rampantly used. The number of detainees is the highest in a decade or so...".

Situation alles andere als stabil

Wie aus den obigen Schilderungen hervorgeht, ist die politische Lage derzeit alles andere als stabil. Sie ist stark von den bereits seit vielen Jahren existierenden Spannungen und Feindschaften zwischen den beiden großen Parteien des Landes, der 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) und der 'Awami League'

suggestion of a challenge, especially from its arch rival the Awami League which is well organised nationwide, including its own party cadres and has nearly 100 members in parliament. The plain truth is that...the BNP's performance has fallen far short of expectations, and has come under attack from almost all quarters, home and abroad..." (es existieren allerdings auch Spannungen innerhalb der AL. So hat der führende AL-Politiker und frühere Außenminister, Dr. Kamal Hossain kürzlich ein 'Democratic Forum' gegründet, das zu einem politischen Sammelbecken werden soll, "um die

Bevölkerung über die brennenden Probleme des Landes zu informieren und einen nationalen Konsens zu erreichen"; siehe auch Interview mit Dr. Hossain).

Während der letzten Monate haben darüberhinaus auch die Auseinandersetzungen zwischen der BNP und der vom ehemaligen Präsidenten H.M. Ershad gegründeten 'Jatiya Party' (JP; 35 Sitze im Parlament) und ihren jeweiligen Anhängern zugenommen (so werden am 16. Juli 91 bei Schießereien zwischen Anhängern des ehemaligen Präsidenten Ershad und der regierenden BNP in einem Jutebetrieb in der Nähe von Dhaka zwei Personen getötet und mehr als 40 verletzt. Am 29. Februar 92 kommt es zu einem Zwischenfall, als die Polizei eine Demonstration von ca. 10.000 Ershad-Anhängern in Dhaka auflöste, nachdem es zu Tumulten zwischen ihnen und Anhängern der regierenden BNP gekommen war. Dabei werden mindestens 200 Personen verletzt, Autos und Geschäfte zerstört).

Gerade in Bezug auf die Auseinandersetzungen zwischen BNP und AL (und ihrem Studentenverband) wird der mittlerweile sehr labilen Regierung immer häufiger vorgeworfen, den Einfluß der größten Oppositionspartei mit repressiven Mitteln (Einschüchterung, Verhaftung von Mitgliedern und Anhängern etc.) zurückdrängen zu wollen.

Im Frühjahr 1992 hat die Regierung Khaleda Zia versucht, ein neues Anti-Terrorismus-Gesetz im Parlament einzubringen (bei weiterhin fortbestehendem 'Special Powers Act'). Es sah

die Einschränkung zahlreicher Grundrechte vor und sollte der Polizei unter anderem die Möglichkeit geben, Verdächtige für unbeschränkte Zeit in Haft zu halten. "Obwohl die Gesetzgebung gegen Terroristen gedacht ist, wird sie gegen politische Gegner eingesetzt werden", sagte Sheikh Hasina von der AL. Die Gesetzesvorlage wurde jedoch vom Parlament nicht angenommen. Wie die Tageszeitung 'Bangladesh Times' am 21. Juli 1992 berichtete, hat Innenminister Abdul Matin Chowdhury der 'Jatiya Sangsad' (Parlament) am 20. Juli mitgeteilt, die Regierung beabsichtige die Neuvorlage des Gesetzes, "um dem zunehmenden Terrorismus im Land zu begegnen". Er hoffe dabei auf die Unterstützung der Opposition.

Bewertung:

Beim Vorgehen der Regierung und ihrer Sicherheitskräfte kommt es immer häufiger zu Menschenrechtsverletzungen an politischen Gegnern - vor allem aus dem Unterstützerpotential der AL. Es seien an dieser Stelle allerdings auch Zweifel angebracht, ob die AL, im Falle eines Wahlsieges und einer anschließenden Regierungsbildung, anders mit der BNP verfahren würde, als dies die BNP derzeit mit der AL tut.

Ohne behaupten zu wollen, daß aufgrund der oben gemachten Äußerungen jede Person, die der AL nahesteht, einer großen Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt sei, muß betont werden, daß eine Gefährdung für die exponierteren Mit-

glieder (z.B. Studentenführer) vor allem aus den Reihen der AL bzw. ihrer studentischen Organisationen nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann. Bangladesh kann deshalb derzeit gerade für diesen Personenkreis nicht als sicheres Land eingestuft werden. So sind dann auch Abschiebungen von Asylsuchenden, die diesem Personenkreis zugerechnet werden können, gerade in der momentanen Situation problematisch.

Derzeit sollen sich zahlreiche AL-Anhänger aufgrund der Möglichkeiten, die der SPA schafft, in Haft befinden. Ihre genaue Zahl ist jedoch nicht bekannt. Festzuhalten ist an dieser Stelle, daß in der Vergangenheit mutmaßliche Straftäter und andere politische Gefangene, einschließlich politischer Gefangener, im allgemeinen sehr grob behandelt wurden, wozu Folter und andere brutale Methoden während des Verhörs zählen. Daß es auch derzeit immer wieder zu Gefangenenmißhandlungen kommt, wird im neuen 'Policy Paper for Bangladesh 1992-1995' der niederländischen Regierung angemerkt.

Im Zusammenhang mit dem Schutz der Menschenrechte muß noch darauf hingewiesen werden, daß Bangladesh bisher keine der internationalen Konventionen zum Schutz der Menschenrechte ratifiziert hat. Außerdem existiert weiterhin die Todesstrafe. Innenminister Abdul Matin Chowdhury sagte diesbezüglich am 20. Juli 1992 im Parlament, daß während des Haushaltsjahres 1991/92 insgesamt vier Todesurteile vollstreckt worden seien.

Amnesty Bericht

Amnesty International veröffentlichte im März 1992 den ersten Report nach der Regierungsübernahme durch die Regierung Khaleda Zia. Darin heißt es u.a. zur Menschenrechtslage im Jahr 1991: "Als Folge ungesetzlichen bzw. unnötigen Einsatzes bewaffneter Streitkräfte und brutalen Schlägen durch den Sicherheitsdienst starben in Bangladesh während des Jahres 1991 bei drei voneinander unabhängigen Zwischenfällen mindestens zehn Personen. Außerdem wurden über 100 Menschen verwundet. Amnesty International ist darüber betroffen, daß die Getöteten möglicherweise Opfer außergerichtlicher Hinrichtungen geworden sind, genauso wie es sich bei den durch Schüsse Verwundeten aller Wahrscheinlichkeit nach um Opfer versuchter Hinrichtungen handelt. Darüber hinaus ist Amnesty International besorgt über mehrere Berichte über die Anwendung von Folter während dieser Zwischenfälle.

Im März 1991 wurden ungefähr 100 Personen in Kushtia verletzt, als die Polizei den Berichten zufolge eine Gruppe von unbewaffneten Zivilisten attackiert hat. Sie schoß wahllos in die Menge, wobei mindestens fünf Personen Schußverletzungen erlitten haben. Die durch Schüsse verwundeten wurden in Polizeigewahrsam genommen und wiederholt geschlagen. Ein Mann erlitt dabei tödliche Verletzungen.

Als die Polizei im August in Chotodarogahat (in der Nähe von Chittagong) das Feuer eröffnete und in eine Gruppe von in einer Teestube versammelten Personen schoß, starben drei Männer; mehrere andere sind bei diesem Zwischenfall verletzt worden.

Während einer Welle von Gefangenenaufläufen im Dhaka Central Jail wurden im April 1991 mindestens sieben Inhaftierte durch Sicherheitskräfte getötet. Unter Umständen handelte es sich hierbei um extralegale Hinrichtungen. Mehrere andere Gefangene sind gefoltert worden.

Amnesty International drängt die Regierung Bangladeshs, zu versichern, daß diese Berichte über extralegale Hinrichtungen und Folger sofort durch eine unabhängige und überparteiliche Institution untersucht, und die Methoden und Ergebnisse dieser Überprüfungen veröffentlicht werden. Außerdem sollen die für die Menschenrechtsverletzungen Verantwortlichen unverzüglich vor Gericht gestellt werden. Darüber hinaus hat die Regierung zu versichern, daß die Sicherheitskräfte eine Menschenrechtsausbildung erhalten, um möglichem Machtmißbrauch, Folterhandlungen und ungesetzlichem Waffeneinsatz vorzubeugen (AI Index: ASA 13/02/92).